

Der ZiviltechnikerInnen-Ausschuss West – die Vertretung der Architektinnen und Ingenieurkonsulentinnen für Tirol und Vorarlberg – veranstaltete am 19. Oktober 2018 in Innsbruck den 10. Ziviltechnikerinnentag.

30 ZiviltechnikerInnen aus dem deutschsprachigen Raum diskutierten das Tagungsthema

## Visionen für neue Lebensräume im Spannungsfeld von Soziologie, Ökonomie und Ökologie

Im Mittelpunkt der Diskussionsrunden standen die 8 Daseinsfunktionen. Die Funktionen Wohnen, Arbeit, Freizeit und Bildung wurden jeweils im Zusammenhang mit den Funktionen Versorgung, Entsorgung, Kommunikation und Verkehr bearbeitet.

Daraus wurden Gedanken / Visionen / Handlungsanleitungen für die ZiviltechnikerInnen, die Gesellschaft und Politik formuliert.

Als ZiviltechnikerInnen wünschen wir uns die Offenheit der Gesellschaft für neue unkonventionelle Lösungen und sind uns bewusst, dass das Zulassen von Neuem auch den politischen Willen dazu braucht.

Notwendige gesamtgesellschaftliche Veränderungen für Lebensräume für alle können nicht nur über bauliche Maßnahmen bewältigt werden, aber sie könnten auch bei diesen beginnen.

Der ZiviltechnikerInnen-Ausschuss West formulierte aus den Diskussionsergebnissen des 10. Ziviltechnikerinnentages folgende vier Grundziele:

- Leistbarer Wohnraum für alle (Leistbar in Relation zum Einkommen)
- Sparsamster Umgang beim Verbrauch von Grund und Boden aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Gründen
- Soziale und gesellschaftspolitische Verantwortung aller Handelnden
- Wohnen / Arbeit / Freizeit / Bildung / Versorgung / Entsorgung / Kommunikation / Verkehr – NEU WEITERDENKEN

Diesen vier Grundzielen könnten wir durch die folgenden Ansätze bzw. Initiativen näherkommen.



## 1. Wohnen

### 1.1 Notwendige Erhebungen durchführen:

- Istzustand der Wohnsituation
- Leerstand – wieviel, wo, in welchem Zustand
- Erhebung von Freizeit- und Zweitwohnsitzen
- Kostenexplosion beim Wohnen analysieren
- Sanierungsbedarf bei Leerstand, Freizeit- und Zweitwohnsitz erheben
- Gründe für Leerstand erheben z.B. Mietrechtsgesetz

### 1.2 Bevölkerung, Gesellschaft, Politik informieren:

- Soziale Verantwortung durch Wohnungsbesitz
- Vorteile / Nachteile – Neubau / Altbau
- Wert von Altbau bewusstmachen
- Wohnbau ist ein sozialer Auftrag > Wohnen als Menschen- / Grundrecht
- Flächenverbrauch durch Bauen <> Lebensmittelanbau / Selbstversorgung

### 1.3 Durch die gelieferten Informationen / Zusammenhänge / Grundlagen Gesellschafts-politische Dialoge anstoßen

### 1.4 Anregungen zu Gesetzesänderungen

- Verdichtung ermöglichen
- Datenschutz zu bestimmten Erhebungszwecken aufheben  
höherwertige Rechte heben Datenschutz auf – Nutzenabwägung
- Neue Förderungspolitik – neue Wohnformen einführen, diskutieren,  
ausprobieren, bekannt machen, ... und ausschließlich diese fördern  
z.B. „Alt-Frauen-WG“ (wegen Frauenarmut, gender pay gap, ...), Wohnhaus  
für alleinerziehende Singles, ...
- Förderung von neutralen, nutzungsvariablen Räumen, sodass möglichst viele  
verschiedene Wohnformen Raum bekommen
- Räume für „Wahlverwandtschaften“ (Leihopa, -oma, -tante, ...) schaffen
- Menge / Flächenverbrauch - „Nationale Obergrenze“ wäre wünschenswert  
bzw. Rahmenvorgaben durch die EU  
Kommunen klären zuerst den Bedarf und die Leerstände von Bauten, um  
überhaupt noch Neubauten zu genehmigen
- Gebaut wird für den jeweiligen Ort, eingebunden in der jeweiligen Landschaft  
– eine gute Architektur für die dort lebenden und handelnden Menschen
- Bestellqualität: Vor dem Bauen all die genannten Punkte mit Fachleuten für  
das spezifische (Bau-)Vorhaben definieren und entsprechende Parameter  
erarbeiten, einen Kriterienkatalog erstellen



- Eine fachkompetente sowie unabhängige und neutrale Beratung / Begutachtung / Entscheidungskompetenz ist erforderlich! Ersetzen der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters als Bauinstanz durch mobile Gestaltungsbeiräte, Menschen mit einem unabhängigen geschulten Blick
- Politisches Bewusstsein für die Bedeutung von Baukultur und die Förderung von Baukultur wird gefordert!

## 1.5 Nachhaltiges Wohnen

- Mobilität – Verkehr verringern – ökologisch gestalten  
Fokus auf Radwege, Gehwege, öffentlichen Verkehr
- Energieverbrauch reduzieren
- Stadt der kurzen Wege durch Kombination der Orte für Wohnen / Arbeit / Freizeit / Bildung (Durchmischung siehe auch Punkt 2)
- Tatsächliche Partizipation der Bevölkerung = Ernstgenommen werden / Übernahme von Verantwortung / Wir-Gefühl / Quartiersmanagement
- Bedachtnahme auf ein Wechselspiel zwischen Rückzugsmöglichkeiten und Gemeinschaftsräume (gemeinsam genutzte Bibliotheken, Gäste- und Spielzimmer, Gemeinschaftsküchen etc. <> private Wohnungen)
- Interdisziplinarität mit diversen ExpertInnen für jeglichen Gestaltungsprozess, nachhaltige Entwicklung durch ganzheitliche Ansätze (z.B. StadtplanerIn / ArchitektIn / PsychologIn / SozialarbeiterIn etc.)
- Von Beginn an Partizipation aller von einem (Bau-)Vorhaben Betroffenen und Anstreben eines gesellschaftlichen Dialogs
- Förderung von privaten Initiativen für die Allgemeinheit, Freiräume für Experimente; Stadtplanung darf nicht zu enge Vorgaben darüber machen, wer Räume nutzen kann
- Ermöglichen von neuen Formen des Zusammenlebens – “Wohnpotentiale” – “Lebenspotentiale”
- Stadtteilzentren als kulturelle Stadtlabore stärken und niederschwellige Quartiersbetreuung mit Schlichtungsstellen für ein gutes Zusammenwohnen etablieren

## 2. Arbeit

- Leerstand bei Büro- und Gewerbeflächen erheben (siehe auch Punkt 1.1)
- In der Arbeitswelt und der gesamten Gesellschaft Solidarität, Empathie – das Gemeinschaftsgefühl und die ZusammenARBEIT stärken; damit das Wissen über und das Schätzenlernen der Arbeit anderer Menschen gefördert wird. Als Folgewirkung erhoffen wir uns das Zusammenrücken der Menschen anstatt des getrennten Nebeneinanders.
- In Folge werden also auch andere Arbeitsbewertungssysteme eingeführt. Hier fällt z.B. auch die „gender pay gap“ hinein.
- Erwerbs-, Reproduktions- und Versorgungsarbeit werden bei der Planung und beim Bauen gleichberechtigt mitberücksichtigt und der Lebensrealität entsprechend als Einheit erkannt. Durch die Aufhebung der strikten



Trennung von Erwerbsarbeit und „Leben“ in Raumordnung, Widmungen und Gesetzen wird eine verträgliche Durchmischung angestrebt. Als Folge sehen wir eine Flächen- und Verkehrsersparnis, ein Verhindern von Trabantensiedlungen, eine lebendige Stadt etc.

- Arbeit neu denken - Individuelle, sich laufend ändernde Arbeitsformen (u.a. durch Digitalisierung) und die Verbindung von Privatleben und Erwerbsarbeit erfordern flexible räumliche Angebote (z.B. home office: adaptive Wohnungen, Gemeinschaftsbüros in Wohnbauten, ...). Nutzungsneutrale Räume werden gebaut, in denen Wohnen und Arbeiten möglich ist – Flexibilität (z.B. Gründerzeitwohnungen)
- Investitionen in Sanierungen und Umbauten bzw. die Verdichtung nach innen werden vorrangig gefördert. Neubauten und Aufschließung zusätzlicher Siedlungsflächen könnten somit vermieden werden

### 3. Freizeit

- Im öffentlichen Raum temporäre Bauten ermöglichen, die wieder abgebaut werden oder der Allgemeinheit zu Gute kommen.
- Umfassende, vorausschauende, verpflichtende Planung der Raumordnung für jede Gemeinde. Planung und Gewährleistung ausreichend öffentlicher Grünzonen und Freizeitbereiche ohne Konsumationspflicht, falls erforderlich auch durch Umwidmung von Parzellen in Freiraum.
- Nutzung der vorhandenen öffentlichen Grünflächen und Spielplätze an Wochenenden, Feiertagen, Ferientagen: z.B. Schulen, öffentliche Gebäude, Kindergärten – falls erforderlich Betreuung, Reinigung
- Öffnung geeigneter Grünanlagen von städtischen Wohnanlagen als Freizeitfläche für die Allgemeinheit, dadurch Schaffung eines durchgehenden Fußwege- / Radwege-Netzes durch die Stadt / Gemeinde – Förderung der Bauträger durch die Politik z.B. Themenhöfe
- Öffentliche Förderung für die Schaffung von Gemeinschafts- FREI - Bereichen in Wohnanlagen – ev. mit Betreuung
- Schaffung attraktiver innerstädtischer Zonen und lebendiger Dorfkerne für Einkauf, Sport, Freizeitgestaltung

### 4. Bildung

#### 4.1 Aus- und Weiterbildung zur Bauqualität:

- Im Mittelpunkt steht der Mensch, der die Möglichkeit hat, die Welt zu verändern. Qualitätvolle Ausbildung mit Vermittlung ideeller Werte neben fachlicher Expertise.
- Idealismus lohnt sich: Gemeinsam kann man was bewegen!
- „Mann/Frau muss Sachen aushalten können.“ Gemeinsam gestalten heißt Toleranz und Akzeptanz.
- Lehrveranstaltungen in und mit der Bevölkerung - Einbindung der Bevölkerung und von Expertinnen und Experten



- Schulung des Blicks ist notwendig, Schulung ist durch Bildung erreichbar! Beispiel: „Bilding“ in Innsbruck!
- Anzustreben ist die sensible und kreative Weiterentwicklung lokaler (Bau-) Qualitäten unter Bedachtnahme auf neue und zukünftige Herausforderungen
- Das Reagieren auf neue Herausforderungen bedingt zeitgemäßes und vorausschauendes Bauen
- Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen: Bauausschuss, Gemeinderatssitzung, Bürgerversammlung

#### 4.2 Bildungsbauten / Wohnraum für Studierende:

- Bildungseinrichtungen und Wohnraum für Studierende als Potential für Raumentwicklung sehen.
- Das Dorf / die Stadt kann als Campus gedacht werden, um ländliche Gegenden und Dörfer wieder zu beleben und Städte zu entlasten.
- Auch leerstehenden Wohngebäuden auf dem Land kann „studentisches“ Leben eingehaucht werden und gleichzeitig leistbare Mieten für Studierende angeboten werden. Günstiger Wohnraum in Kombination mit einer guten öffentlichen Verkehrsanbindung wird in stadtnahen Umlandgemeinden errichtet, um das Mietpreisniveau in den Stadtzentren zu stabilisieren bzw. zu senken.